

Stadt Braunschweig

Der Oberbürgermeister

Protokoll

Sitzung des Rates der Stadt Braunschweig

Sitzung: Dienstag, 12.11.2019

Ort: Rathaus, Großer Sitzungssaal, Platz der Deutschen Einheit 1, 38100 Braunschweig

Beginn: 14:00 Uhr

Ende: 22:30 Uhr

Ratsmitglieder: (in Klammern verhindert)

Herr Bader
Herr Bley
Herr Dr. Blöcker
Herr Böttcher
Herr Bratmann
Herr Bratschke
Frau Buchholz
Herr Dr. Dr. Büchs
Herr Disterheft
Herr Dobberphul
Herr Edelmann
Frau Dr. E. Flake
Herr F. Flake
Herr Graffstedt
Frau Gries
Herr M.Hahn
Frau S. Hahn
Frau Hannebohn
Herr Hinrichs
Frau vom Hofe
Frau Ihbe
Frau Jalyschko
Frau Jaschinski-Gaus
Frau Johannes
Frau Kaphammel
Frau Keller
Herr Köster

Herr Kühn
Herr Lehmann
Herr Manlik
Herr Merfort
Herr Möller
Herr Dr. Mühlnickel
Herr Dr. Müller
Frau Mundlos
Frau Naber
Frau Ohnesorge
Frau Palm
Herr Rosenbaum
Herr Schatta
Herr Scherf
Frau Schneider
Herr Scholze
Frau Schütze
Frau Seiffert
Herr Sommerfeld
Herr Türkmen
Herr Dr. Vollbrecht
Herr Weber
Herr Wendroth
Herr Wendt
Frau Willimzig-Wilke
Herr Wirtz

Verwaltung:

Oberbürgermeister Markurth
Erster Stadtrat Geiger
Stadtrat Ruppert
Stadtbaudirektor Leuer
Dezernentin Dr. Hesse
Stadträtin Dr. Arbogast
Dezernent Leppa

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 17.09.2019
- 3 Mitteilungen
- 3.1 Stromsperrn für Kinder und Kranke verhindern 19-11011-02
- 3.2 Qualitätsentwicklung und Entgeltgestaltung in der Kindertagespflege 19-11785
- 3.3 Wohnungsbedarfsprognose für die Stadt Braunschweig 19-11858
- 3.4 Baumgruppe auf dem Schlossplatz 19-10971-01
- 3.5 Verwaltungsmodernisierung und Haushaltsoptimierung 3. Quartalsbericht 19-11912
- 4 Anträge
- 4.1 Änderungsantrag zu 19-10611: Ökologische Alternativen für Verfüllungen auf Kunstrasenplätzen
Antrag der BIBS-Fraktion 19-11232
- 4.2 Keine sachgrundlosen Befristungen
Antrag der Fraktion Die Linke. 19-11517
- 4.2.1 Keine sachgrundlosen Befristungen
Stellungnahme der Verwaltung 19-11517-01
- 4.3 Wohnungsnot: Taten sind endlich gefragt
Antrag der Fraktion Die Linke. 19-11537
- 4.3.1 Änderungsantrag zum TOP "Wohnungsnot: Taten sind endlich gefragt"
Änderungsantrag der SPD-Fraktion 19-12127
- 4.4 Schülerbeförderung zur Betreuungseinrichtung
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen 19-11967
- 4.4.1 Schülerbeförderung zur Betreuungseinrichtung
Stellungnahme der Verwaltung 19-11967-01
- 4.5 Braunschweigs Schullandschaft zukunftsdest gestalten
Antrag der CDU-Fraktion 19-12030
- 4.5.1 Braunschweigs Schullandschaft zukunftsdest gestalten
Antrag / Anfrage zur Vorlage 19-12030
Änderungsantrag der AfD-Fraktion 19-12030-02
- 4.5.2 Braunschweigs Schullandschaft zukunftsdest gestalten
Stellungnahme der Verwaltung 19-12030-01
- 4.6 Datum auf städtischen Publikationen
Antrag der FDP-Fraktion 19-12120
- 4.7 Den Mangel verwalten - Hebammenzentrale für Braunschweig und 19-12121

die Region
Antrag der FDP-Fraktion

5	Besetzung der Stelle der Stadträtin oder des Stadtrates für das Organisations-, Personal- und Ordnungsdezernat	19-12129
6	Besetzung der Stelle der Stadträtin oder des Stadtrates für das Umwelt-, Stadtgrün-, Sport- und Hochbaudezernat	19-12130
7	Neuordnung der Dezernatsverteilung	19-12131
8	19-12149-Umbesetzung in Ausschüssen (wird nachversandt)	19-12149
9	Wahl einer bzw. eines Wahlbevollmächtigten und einer Stellvertreterin bzw. eines Stellvertreters zur Vorbereitung der Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter am Verwaltungsgericht Braunschweig	19-12059
10	Bestellung von städtischen Vertretern in Aufsichtsräten städtischer Beteiligungen	19-12145
11	Übernahme einer Ausfallbürgschaft für eine Kreditaufnahme bzw. Übernahme von Ausfallbürgschaften für Kreditaufnahmen der Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH	19-11829
12	Haushaltsvollzug 2019 hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§117 und 119 Abs. 5 NKomVG	19-11844
12.1	Haushaltsvollzug 2019 hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§117 und 119 Abs. 5 NKomVG	19-11844-01
12.2	Haushaltsvollzug 2019 hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§117 und 119 Abs. 5 NKomVG	19-11844-02
13	Annahme oder Vermittlung von Zuwendungen über 2.000 €	19-11904
14	Fünfte Satzung zur Änderung der Satzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Braunschweig (Abfallentsorgungssatzung)	19-11776
15	Vierzehnte Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Abfallentsorgungsgebühren in der Stadt Braunschweig (Abfallentsorgungsgebührensatzung)	19-11791
16	Vierzehnte Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren in der Stadt Braunschweig Straßenreinigungsgebührensatzung)	19-11794
17	Neunzehnte Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren und Kostenerstattungen für die Abwasserbe seitigung in der Stadt Braunschweig (Abgabensatzung für die Abwasserbeseitigung)	19-11803
18	Gewährung von dynamisierten Zuschüssen für Übungsleiterent schädigungen - 1. Halbjahr 2019	19-11649

19	8. Änderung der Regelung über die Erhebung von Entgelten für Leistungen des Rettungsdienstes der Stadt Braunschweig (Rettungsdiensttarifordnung)	19-11946
20	Berufung der Vertreterinnen bzw. Vertreter der Gruppe der Schülerinnen und Schüler in den Schulausschuss	19-11752
21	Wechsel der Trägerschaft des Kinder- und Jugendzentrums Kreuzstraße	19-11249
22	Richtlinien zur Förderung der Kinder- und Jugendarbeit freier Träger in Braunschweig Teil 2	19-11281
23	Satzung über die vorübergehende Unterbringung Wohnungsloser und Geflüchteter in den Unterkünften der Stadt Braunschweig (Unterbringungssatzung)	19-11712
23.1	Satzung über die vorübergehende Unterbringung Wohnungsloser und Geflüchteter in den Unterkünften der Stadt Braunschweig (Unterbringungssatzung)	19-11712-01
24	Machbarkeitsstudie 6. Integrierte Gesamtschule - Vorstellung der Ergebnisse und Standortvorschlag	19-11798
25	Zügigkeit der geplanten neuen Integrierten Gesamtschule	19-11796
26	Begründung einer Satzung über eine besonderes Vorkaufsrecht für Grundstücke - Volkmarode-Nordost	19-11385
27	Neuaufstellung Flächennutzungsplan 2030	19-11797
28	135. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Braunschweig "Franz-Rosenbruch-Weg", Stadtgebiet zwischen der Bundesallee, Stauffenbergstraße und dem Franz-Rosenbruch-Weg	19-11750
29	Vorhabenbezogener Bebauungsplan mit örtlicher Bauvorschrift "Franz-Rosenbruch-Weg", OE 39 Stadtgebiet zwischen Bundesallee, Stauffenbergstraße und dem Franz-Rosenbruch-Weg (Geltungsbereich A) Stadtgebiet südwestlich Peterskamp, Ecke Hondelager Weg (Geltungsbereich B) Behandlung der Stellungnahmen, Satzungsbeschluss	19-11742
30	Anträge - Fortsetzung (weitere Anträge i.S.v. § 14 Ziff. 9 Geschäftsordnung)	
30.1	Unbefristete Anstellung von Erzieherinnen und Erziehern sowie Sozialassistentinnen und Sozialassistenten Antrag der Fraktion Die Linke.	19-11516
30.1.1	Unbefristete Anstellung von Erzieherinnen und Erziehern sowie Sozialassistentinnen und Sozialassistenten Stellungnahme der Verwaltung	19-11516-01
30.2	Stärkung der Braunschweiger Kulturszene durch In-Pflichtnahme des Landes Antrag der Fraktion Die Linke.	19-12069

30.3	Dringlichkeitsantrag: Anweisungsbeschluss - Kündigung Mietvertrag Volkswagenhalle Dringlichkeitsantrag der BIBS-Fraktion	19-12222
30.3.1	Dringlichkeitsantrag: Anweisungsbeschluss - Kündigung Mietvertrag Volkswagenhalle Stellungnahme der Verwaltung	19-12222-01
31	Anfragen	
31.1	Anmeldungen für Betreuungsplätze elternfreundlicher gestalten Anfrage der CDU-Fraktion	19-12148
31.1.1	Anmeldungen für Betreuungsplätze elternfreundlicher gestalten	19-12148-01
31.2	Jahrelanger Leerstand des ehemaligen Kreiswehrersatzamtes trotz Mangel an bezahlbarem Wohnraum Anfrage der AfD-Fraktion	19-12152
31.2.1	Jahrelanger Leerstand des ehemaligen Kreiswehrersatzamtes trotz Mangel an bezahlbarem Wohnraum	19-12152-01
31.3	Überwachung der Geschäftsführung der Braunschweiger Versorgungs-AG durch den Aufsichtsrat derselben Anfrage der BIBS-Fraktion	19-12150
31.3.1	Überwachung der Geschäftsführung der Braunschweiger Versorgungs-AG durch den Aufsichtsrat derselben	19-12150-01
31.4	Schutz vor Rechtsextremen? Anfrage der Gruppe Die Fraktion P ²	19-12151
31.4.1	Schutz vor Rechtsextremen?	19-12151-01

Nichtöffentlicher Teil:

- | | |
|----|---|
| 32 | Eröffnung des nichtöffentlichen Teils der Sitzung |
| 33 | Mitteilungen |

Protokoll

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung

Ratsvorsitzender Graffstedt eröffnet die Sitzung um 14:00 Uhr und begrüßt die Zuhörerinnen und Zuhörer. Er stellt fest, dass die Tagesordnung den Ratsmitgliedern rechtzeitig zugegangen ist, der Rat ordnungsgemäß geladen wurde und beschlussfähig ist.

Er teilt mit, dass den Ratsmitgliedern nach Versand der Tagesordnung noch folgende Beratungsunterlagen zugegangen sind:

Ergänzung der Tagesordnung um Punkt 30.2

Zu TOP 5: Besetzung der Stelle der Stadträtin oder des Stadtrates für das Organisations-, Personal- und Ordnungsdezernat:

Vorlage 19-12129

Zu TOP 6: Besetzung der Stelle der Stadträtin oder des Stadtrates für das Umwelt-, Stadtgrün-, Sport- und Hochbaudezernat:

Vorlage 19-12130

Zu TOP 7: Neuordnung der Dezernatsverteilung:

Vorlage 19-12131

Zu TOP 8: Umbesetzung in Ausschüssen:

Vorlage 19-12149

Zu TOP 10: Bestellung von städtischen Vertretern in Aufsichtsräten städtischer Beteiligungen

Vorlage 19-12145

Zu TOP 30.2: Antrag 19-12069

Stärkung der Braunschweiger Kulturszene durch In-Pflichtnahme des Landes

Ratsvorsitzender Graffstedt teilt mit, dass der unter TOP 4.6 aufgeführte Antrag 19-12120-Datum auf städtischen Publikationen- vom Antragsteller in der Sitzung des Verwaltungsausschusses am 5.11.2019 zurückgezogen wurde und die unter TOP 29 aufgeführte Vorlage 19-11742-Vorhabenbezogener Bebauungsplan mit örtlicher Bauvorschrift „Franz-Rosenbruch-Weg“- zurückgestellt und für die kommende Ratssitzung vorgesehen wird. Er stellt fest, dass die Beratung dieser beiden Punkte in der heutigen Sitzung entfällt.

Ratsvorsitzender Graffstedt weist auf den vorliegenden Dringlichkeitsantrag der BIBS-Fraktion 19-12222 - Dringlichkeitsantrag: Anweisungsbeschluss - Kündigung Mietvertrag Volkswagenhalle- und die dazugehörige Stellungnahme der Verwaltung 19-12222-01 hin. Die Dringlichkeit wird von Ratsherrn Rosenbaum begründet. Anschließend lässt Ratsvorsitzender Graffstedt über die Dringlichkeit abstimmen und stellt fest, dass diese bei 5 Gegenstimmen anerkannt wird. Der Dringlichkeitsantrag 19-12222 sowie die Stellungnahme werden unter Tagesordnungspunkt 30.3 in die Tagesordnung eingefügt.

Ratsvorsitzender Graffstedt erklärt, dass der Ältestenrat empfiehlt, die Mitteilung unter TOP 3.3 gemeinsam mit den Anträgen unter dem Tagesordnungspunkt 4.3 und die Vorlagen unter TOP 24 und 25 gemeinsam mit den Anträgen unter dem Tagesordnungspunkt 4.5 zu behandeln. Er stellt fest, dass Einvernehmen besteht, so zu verfahren.

Ratsvorsitzender Graffstedt weist weiter darauf hin, dass zur Beratung in nichtöffentlicher Sitzung nur Punkt 33- Mitteilungen vorgesehen ist und schriftliche Mitteilungen bisher nicht vorliegen. Er stellt fest, dass die Sitzung nach Beendigung des öffentlichen Teils geschlossen werden kann, sofern sich im Verlauf der öffentlichen Sitzung nicht noch Punkte für die nichtöffentliche Beratung ergeben. Hiergegen wird kein Widerspruch erhoben. Anschließend lässt er über die geänderte Tagesordnung abstimmen und stellt fest, dass diese einstimmig angenommen wird.

Der Rat tritt um 14:15 Uhr in die Beratung ein.

2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 17.09.2019

Ergebnis:

Das Protokoll der Sitzung vom 17.09.2019 wird mit 4 Enthaltungen genehmigt.

3. Mitteilungen

3.1. Stromsperren für Kinder und Kranke verhindern 19-11011-02

Zu der Mitteilung findet Aussprache statt.

Ergebnis:

Die Mitteilung 19-11011-02 wird zur Kenntnis genommen.

3.2. Qualitätsentwicklung und Entgeltgestaltung in der Kindertagespflege 19-11785

Ergebnis:

Die Mitteilung 19-11785 wird zur Kenntnis genommen.

3.4. Baumgruppe auf dem Schlossplatz 19-10971-01

Ergebnis:

Die Mitteilung 19-10971-01 wird zur Kenntnis genommen.

3.5. Verwaltungsmodernisierung und Haushaltsoptimierung 3. Quartalsbericht 19-11912

Zu der Mitteilung findet Aussprache statt. Während der Aussprache übernimmt stellvertretender Ratsvorsitzender Edelmann die Sitzungsleitung.

Ergebnis:

Die Mitteilung 19-11912 wird zur Kenntnis genommen.

4. Anträge

4.1. Änderungsantrag zu 19-10611: Ökologische Alternativen für Verfüllungen auf Kunstrasenplätzen 19-11232 Antrag der BIBS-Fraktion

Ratsherrn Dr. Dr. Büchs bringt den Antrag 19-11232 ein und begründet diesen. Nach Aussprache lässt stellvertretender Ratsvorsitzender Edelmann über die Absätze des Beschluss- textes getrennt in zwei Abschnitte abstimmen.

Beschluss:

Zusätzlich werden im Rahmen eines Modellversuches weitere umweltfreundlichere Alternativen wie z.B. Hybridrasenmischungen im Hinblick auf Ihre Eignung für den Spielbetrieb und Umweltbelastungen geprüft.

Im Hinblick auf die Einrichtung neuer Kunstrasenplätze bzw. Belagserneuerungen bei bereits bestehenden Kunstrasenplätzen erstellt die Verwaltung eine Kriterienliste entsprechend Ds. 19-11100, ggf. mit Erweiterungen.

Für jedes Kriterium werden soweit wie möglich klare Mindestanforderungen festgelegt. Alle 2 Jahre erfolgt eine Überprüfung und ggf. Anpassung der Mindestanforderungen im Hinblick auf ihre Bewährung in der Praxis. Dabei sind Belagserneuerungen prioritätär zu behandeln, neue Kunstrasenfelder werden nur im besonders begründeten Ausnahmefall genehmigt.

Bei Neuanlagen werden Umweltbelastungen durch den Unterbau als Kriterium mit herangezogen, bei Belags- oder Kompletterneuerungen auch die Umweltbelastungen durch die Entsorgung der Altmaterialien. Bzgl. Unterbau und Entsorgung sind möglichst umweltschonende

Alternativen auszuwählen.

Die Vermeidung von Umweltbelastungen aller Art hat bei allen Fragen im Zusammenhang mit Kunstrasenplätzen Vorrang. In allen o.g. Fällen darf das Kostenargument für Anlage, Unterhaltung, Pflege und spätere Entsorgung nur bei vergleichbarer Umweltfreundlichkeit als Entscheidungskriterium herangezogen werden.

Eine finanzielle Kostenbeteiligung der Stadt an Erneuerungs- und Pflegemaßnahmen von Kunstrasenplätzen erfolgt nur, sofern der Stadt das zentrale Belegungsrecht für den jeweiligen Kunstrasenplatz übertragen wird.

Abstimmungsergebnis:

getrennte Abstimmung:

Beschlussstext ohne letzten Absatz: bei 5 Fürstimmen abgelehnt

Beschlussstext letzter Absatz (ab "Eine finanzielle..."): einstimmig beschlossen

Ratsvorsitzender Graffstedt übernimmt wieder die Sitzungsleitung.

4.2. Keine sachgrundlosen Befristungen 19-11517
Antrag der Fraktion Die Linke.

4.2.1. Keine sachgrundlosen Befristungen 19-11517-01
Stellungnahme der Verwaltung

Ratsherr Sommerfeld bringt den Antrag 19-11517 ein und begründet diesen. Nach Aussprache lässt Ratsvorsitzender Graffstedt über den Antrag abstimmen.

Beschluss:

Die Vertreterinnen und Vertreter der Stadt in den jeweiligen Gesellschafterversammlungen der städtischen Gesellschaften werden angewiesen, die Geschäftsführungen zu veranlassen, in den Gesellschafterversammlungen den folgenden Beschluss zu fassen:

Sachgrundlos befristete Arbeitsverträge werden nicht abgeschlossen. Aktuell laufende sachgrundlos befristete Arbeitsverhältnisse werden in unbefristete umgewandelt.

Abstimmungsergebnis:

bei 6 Fürstimmen abgelehnt

Ergebnis:

Die Stellungnahme 19-11517-01 wird zur Kenntnis genommen.

3.3. Wohnungsbedarfsprognose für die Stadt Braunschweig 19-11858

4.3. Wohnungsnot: Taten sind endlich gefragt 19-11537
Antrag der Fraktion Die Linke.

4.3.1. Änderungsantrag zum TOP "Wohnungsnot: Taten sind endlich gefragt" 19-12127
Änderungsantrag der SPD-Fraktion

Ratsvorsitzender Graffstedt weist darauf hin, dass zu dem Antrag 19-11537 der Änderungsantrag 19-12127 vorliegt und die Mitteilung 19-11858 unter TOP 3.3 der Tagesordnung in die Beratung einbezogen wird. Der Antrag 19-11537 wird von Ratsfrau Ohnesorge und der Änderungsantrag 19-12127 von Ratsfrau Palm eingebracht. In der weiteren Aussprache beantragt Ratsherr Hinrichs getrennte Abstimmung über die einzelnen Punkte des Änderungsantrages 19-12127. Nach der Aussprache lässt Ratsvorsitzender Graffstedt zunächst über den Antrag 19-11537 abstimmen. Anschließend stellt er die Ziffern 1. bis 4. des Änderungsantrages 19-12127 in der vom Planungs- und Umweltausschuss empfohlenen Fassung getrennt zur Abstimmung.

Beschluss Antrag 19-11537:

1. Zukünftig verfolgt die Stadt Braunschweig die Strategie, die kommunalen Steuerungsmöglichkeiten im Wohnbereich zu erhöhen. Dazu werden die Grundstücksgesellschaft Braunschweig und die Nibelungen Wohnbau gestärkt.
2. Von 2020 - 2025 sollen jährlich mindestens 100.000 m² bebaubare Grundstücksfläche von der Stadt bzw. der Grundstücksgesellschaft oder der Nibelungen erworben und selber entwickelt werden. Über die Zielerreichung ist dem Rat - über seine Ausschüsse - jährlich zu berichten. Um den Erwerb planungsrechtlich abzusichern, wird ein besonderes Vorkaufsrecht über alle in Frage kommenden Grundstücke erlassen.
3. Von 2020 - 2025 sollen jährlich mindestens 1.300 Wohneinheiten im Geschosswohnungsbau in Braunschweig neu entstehen. Über die Zielerreichung ist dem Rat - über seine Ausschüsse - jährlich zu berichten.
4. Allen privaten Eigentümern, die beantragen, dass nicht bebaubare Grundstücke planungsrechtlich in Bauland umgewandelt werden, sollen Kaufangebote für Teilflächen vor der planungsrechtlichen Umwandlung gemacht werden.
5. Eine Veräußerung städtischer Grundstücke vor der planungsrechtlichen Umwandlung in Bauland wird zukünftig ausgeschlossen.
6. Eine Milieuschutzsatzung für besonders von Mietsteigerung betroffenen Stadtteile wird von der Verwaltung erstellt und dem Rat zur Beschlussfassung vorgelegt.
7. Die Zahl der gebundenen Wohneinheiten soll bis 2023 auf 4.500 gesteigert werden. Über die Zielerreichung ist dem Rat - über seine Ausschüsse - jährlich zu berichten.

Abstimmungsergebnis:

bei 5 Fürstimmen und einigen Enthaltungen abgelehnt

Beschluss Änderungsantrag 19-12127 (geändert):

1. Zukünftig verfolgt die Stadt Braunschweig die Strategie, die kommunalen Steuerungsmöglichkeiten im Wohnbereich zu erhöhen. Dazu entwickelt die Verwaltung gemeinsam mit der Grundstücksgesellschaft Braunschweig mbH (GGB) und der Nibelungen-Wohnbau-GmbH geeignete Strategien zur Weiterentwicklung beider Gesellschaften, z. B. über ein stärkeres Engagement beider Gesellschaften in der Projektentwicklung.
2. Grundsätzlich sollen bebaubare Grundstücksflächen von der Stadt oder der GGB oder der Nibelungen erworben und selbst entwickelt werden. Hierzu soll zukünftig **verstärkt** auf das bereits im „Handlungskonzept Bezahlbares Wohnen“ verankerte Instrument der Konzeptvergabe zurückgegriffen werden, das der Stadt die Möglichkeit gibt, Grundstücke zunächst selbst zu entwickeln und dann unter Berücksichtigung planungsrechtlich festzusetzender Vorgaben weiter zu veräußern.
3. Die Verwaltung wirkt darauf hin, dass zukünftig insbesondere mit privaten Investoren klare Realisierungszeiträume für geplanten Wohnungsbau in den städtebaulichen Verträgen festgeschrieben werden sollen, **soweit vorhabenbezogen rechtlich möglich**.
4. Die Verwaltung wird gebeten, zu prüfen, wie im westlichen Ringgebiet eine abschnittsweise Festschreibung eines Milieuschutzes für bestimmte Straßenzüge, bei denen mögliche Mietsteigerungen aufgrund der besonderen Sozialstruktur der Mieterschaft zu Verdrängungsmechanismen führen würden, realisiert werden kann.

Abstimmungsergebnis:

getrennte Abstimmung:

- Ziffer 1.: bei 3 Gegenstimmen beschlossen
Ziffer 2.: bei 3 Gegenstimmen beschlossen
Ziffer 3.: bei 7 Gegenstimmen und einigen Enthaltungen beschlossen
Ziffer 4.: bei einigen Gegenstimmen beschlossen

Ergebnis Mitteilung 19-11858:

Die Mitteilung 19-11858 wird zur Kenntnis genommen.

4.4. Schülerbeförderung zur Betreuungseinrichtung Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	19-11967
4.4.1. Schülerbeförderung zur Betreuungseinrichtung Stellungnahme der Verwaltung	19-11967-01

Ratsvorsitzender Graffstedt weist auf die Stellungnahme 19-11967-01 hin und erklärt, dass zu dem Antrag eine geänderte Beschlussempfehlung des Verwaltungsausschusses vorliegt. Ratsfrau Dr. Flake bringt den Antrag ein und begründet diesen. Nach der Aussprache stellt Ratsvorsitzender Graffstedt den Antrag in geänderter Fassung zur Abstimmung.

Beschluss (geändert):

Die Verwaltung wird gebeten, eine Änderung der Beförderungsbedingungen bei Schulkindbetreuung zu prüfen mit dem Ziel einer flexibleren Regelung in Ausnahmefällen bei Kindern, deren Wohnort unter 2000 m von der Schule entfernt ist und bei denen die Beförderung zu einer weiter entfernten Betreuungseinrichtung ermöglicht werden muss.

Voraussetzung für diese Ausnahme sollen sein:

1. Es ist nachweislich auch mit aktiver Unterstützung der Stadt kein Betreuungsplatz an der Schule oder im fußläufig erreichbaren Umfeld vorhanden
2. Es ist ein Betreuungsbedarf aus familiären, beruflichen oder Gründen der erzieherischen Hilfe nachgewiesen.
3. Der Betreuungsort wird zumindest schulhalbjährig an 5 Tagen die Woche aufgesucht.

Das Ergebnis der Prüfung ist den Ratsmitgliedern mit einer Mitteilung oder Beschlussvorlage zuzuleiten.

Abstimmungsergebnis:

bei einigen Enthaltungen beschlossen

Ergebnis:

Die Stellungnahme 19-11967-01 wird zur Kenntnis genommen.

4.5. Braunschweigs Schullandschaft zukunfts fest gestalten Antrag der CDU-Fraktion	19-12030
4.5.1. Braunschweigs Schullandschaft zukunfts fest gestalten Antrag / Anfrage zur Vorlage 19-12030 Änderungsantrag der AfD-Fraktion	19-12030-02
4.5.2. Braunschweigs Schullandschaft zukunfts fest gestalten Stellungnahme der Verwaltung	19-12030-01
24. Machbarkeitsstudie 6. Integrierte Gesamtschule - Vorstellung der Ergebnisse und Standortvorschlag	19-11798
25. Zügigkeit der geplanten neuen Integrierten Gesamtschule	19-11796

Ratsvorsitzender Graffstedt weist darauf hin, dass, wie zu Beginn der Sitzung verabredet, der Antrag 19-12030, der Änderungsantrag 19-12030-02 sowie die Stellungnahme 19-12030-01 gemeinsam mit den Vorlagen 19-11798 und 19-11796 beraten werden. Anschließend wird der Antrag 19-12030 von Ratsfrau Keller und der Änderungsantrag 19-12030-02 von Ratsherrn Wirtz eingebracht. Nach der Aussprache stellt Ratsvorsitzender Graffstedt zunächst den Änderungsantrag 19-12030-02 und anschließend den Antrag 19-12030 zur Abstimmung. Danach lässt er über die Vorlagen 19-11798 und 19-11796 abstimmen.

Beschluss Änderungsantrag 19-12030-02:

Der ursprüngliche Antrag wird in den folgenden Punkten erweitert bzw. geändert.

1. Die GS Schunteraue wird gemäß Drs. 19-11145 in den Standort Kralenriede verlegt (1-Standort-Lösung).
2. Die IGS Heidberg und bei Eignung weitere Integrierte Gesamtschulen werden zum nächstmöglichen Zeitpunkt um jeweils mindestens einen zusätzlichen Zug pro Jahrgang erweitert.
3. An der oder den bestehenden Integrierten Gesamtschule/n, an denen zusätzliche Raumkapazitäten vorab zu schaffen sind, werden diese Raumbedarfe gemäß der Schaffung von zusätzlichen gymnasialen Kapazitäten, in modularer Bauweise eingerichtet.
4. Zur Stärkung der Haupt- und Realschulen werden ab dem kommenden Schuljahr die Rahmenbedingungen für den Ganztagsbetrieb sowie die Ausstattungen an den Schulen kontinuierlich verbessert.
5. Die "Sally-Perel-Gesamtschule" richtet zum nächstmöglichen Zeitpunkt eine 3-zügige Außenstelle in der Schulanlage Schuntersiedlung entsprechend der Stellungnahme 19-12030-01 möglichst als Jahrgangcluster der Sekundarstufe I ein.
6. Für die unter 1. bis 5. genannten Maßnahmen legt die Verwaltung schnellstmöglich ein Konzept mit verbindlichem Zeit- und Kostenplan zur Beschlussfassung durch den Rat vor.

Abstimmungsergebnis:

bei 5 Fürstimmen abgelehnt

Beschluss Antrag 19-12030:

Die Planungen für den Neubau einer 6. Integrierten Gesamtschule (IGS) werden zurückgestellt.

Um die derzeit fehlenden IGS-Plätze schnellstmöglich zur Verfügung zu stellen und gleichzeitig die Braunschweiger Schullandschaft zukunftssicher, vielfältig und gleichwertig zu gestalten, werden folgende Maßnahmen beschlossen:

1. Die bestehenden fünf Integrierten Gesamtschulen werden zum nächstmöglichen Zeitpunkt um jeweils mindestens einen zusätzlichen Zug pro Jahrgang erweitert.
2. An den bestehenden Integrierten Gesamtschulen, an denen zusätzliche Raumkapazitäten vorab zu schaffen sind, werden diese Raumbedarfe gemäß der Schaffung von zusätzlichen gymnasialen Kapazitäten, in modularer Bauweise eingerichtet.
3. Zur Stärkung der Haupt- und Realschulen werden ab dem kommenden Schuljahr die Rahmenbedingungen für den Ganztagsbetrieb sowie die Ausstattungen an den Schulen kontinuierlich verbessert.
4. Für die unter 1. bis 3. genannten Maßnahmen legt die Verwaltung schnellstmöglich ein Konzept mit verbindlichem Zeit- und Kostenplan zur Beschlussfassung durch den Rat vor.

Abstimmungsergebnis:

bei einigen Fürstimmen abgelehnt

Beschluss Vorlage 19-11798:

Die neue Integrierte Gesamtschule wird am Standort „Tunicagelände“ errichtet. Die Verwaltung wird beauftragt, weitere Planungsschritte zur Realisierung des Projektes einzuleiten.

Abstimmungsergebnis:

bei einigen Gegenstimmen beschlossen

Beschluss Vorlage 19-11796:

Die neue Integrierte Gesamtschule (IGS) wird als 6-zügige IGS im Sekundarbereich I (Klassen 5-10) mit gymnasialer Oberstufe (Klassen 11-13) geplant. Es wird kein Primarbereich (Klassen 1-4) an der IGS eingerichtet.

Abstimmungsergebnis:

bei einigen Gegenstimmen und 1 Enthaltung beschlossen

Ergebnis:

Die Stellungnahme 19-12030-01 wird zur Kenntnis genommen.

**4.6. Datum auf städtischen Publikationen
Antrag der FDP-Fraktion****19-12120****Ergebnis:**

Der Antrag 19-12120 wurde vom Antragsteller in der Sitzung des Verwaltungsausschusses am 5. November 2019 zurückgezogen. Eine Beratung hierüber entfällt.

**4.7. Den Mangel verwalten - Hebammenzentrale für Braunschweig
und die Region
Antrag der FDP-Fraktion****19-12121**

Ratsvorsitzender Graffstedt erklärt, dass der Verwaltungsausschuss die Verweisung des Antrages in den Ausschuss für Soziales und Gesundheit empfiehlt. Ratsherr Lehmann bringt den Antrag ein und begründet diesen. Anschließend lässt Ratsvorsitzender Graffstedt über die Verweisung in den Ausschuss abstimmen.

Beschluss (geändert):

Der Antrag 19-12121 wird zur Beratung in den Ausschuss für Soziales und Gesundheit verwiesen.

**Abstimmungsergebnis zum Verweisungsbeschluss:
einstimmig beschlossen**

Um 17:00 Uhr unterbricht Ratsvorsitzender Graffstedt die Sitzung für eine Pause. In der Pause findet eine Sitzung des Verwaltungsausschusses statt. Die Ratssitzung wird um 17:45 Uhr fortgesetzt.

Zu Beginn der Beratung über die Tagesordnungspunkte 5 bis 7 werden die Vorlagen 19-12129, 19-12130 und 19-12131 von Oberbürgermeister Markurth eingebracht und begründet. Anschließend ruft Ratsvorsitzender Graffstedt die Tagesordnungspunkte einzeln auf.

**5. Besetzung der Stelle der Stadträtin oder des Stadtrates für das
Organisations-, Personal- und Ordnungsdezernat****19-12129**

Der vorgeschlagene Bewerber Herr Dr. Kornblum stellt sich mit einem Kurvvortrag vor. Ratsvorsitzender Graffstedt weist darauf hin, dass es sich bei Satz 1 des Beschlussvorschlags um eine Wahl handelt und erläutert, dass auf Verlangen eines Ratsmitgliedes geheim zu wählen ist. Ratsherr Wirtz beantragt geheime Wahl. Als Wahlhelfer für die Wahlhandlung werden Ratsfrau Hannebohn und Ratsherr Merfort bestimmt. Anschließend findet die Wahlhandlung statt. Im Zuge der Wahlhandlung wird die Ausgabe der Stimmzettel abgebrochen und die verwendeten Stimmzettel werden vernichtet. Anschließend wird die Stimmzettelausgabe mit neuen Stimmzetteln begonnen. Nach Abschluss der Wahlhandlung und Auszählung der Stimmen gibt Ratsvorsitzender Graffstedt das Wahlergebnis bekannt und stellt fest, dass Herr Dr. Kornblum mit 45 Ja-Stimmen gewählt ist. Herr Dr. Kornblum erklärt anschließend, dass er die Wahl annimmt.

Nach der Wahlhandlung stellt Ratsvorsitzender Graffstedt die Sätze 2 und 3 des Beschlussvorschlages zur Abstimmung.

Beschluss:

Herr Dr. Thorsten Kornblum wird für eine Amtszeit von acht Jahren als Stadtrat für das Organisations-, Personal- und Ordnungsdezernat gewählt.

Herr Dr. Kornblum erhält Dienstbezüge der Bes.-Gr. B 6 und eine Dienstaufwandsentschädigung in Höhe von derzeit 171,28 € monatlich.

Gem. § 22 Abs. 2 S. 1 Beamtenstatusgesetz (BeamtStG) i. V. m. § 30 Abs. 2 Niedersächsisches Beamten gesetz (NBG) wird die Zustimmung zum Fortbestehen des Beamtenverhältnisses auf Lebenszeit zum Land Niedersachsen erteilt.

Ergebnis:**Wahlergebnis:**

mit 45 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen gewählt

Abstimmungsergebnis:

Satz 2 und 3: einstimmig beschlossen

6. Besetzung der Stelle der Stadträtin oder des Stadtrates für das Umwelt-, Stadtgrün-, Sport- und Hochbaudezernat**19-12130**

Der vorgeschlagene Bewerber Herr Herlitschke stellt sich mit einem Kurvvortrag vor. Ratsvorsitzender Graffstedt weist darauf hin, dass es sich bei Satz 1 des Beschlussvor schlagens um eine Wahl handelt und erläutert, dass auf Verlangen eines Ratsmitgliedes geheim zu wählen ist. Ratsherr Wirtz beantragt geheime Wahl. Als Wahlhelfer für die Wahlhandlung werden Ratsfrau Hannebohn und Ratsherr Merfort bestimmt. Anschließend findet die Wahlhandlung statt. Nach Abschluss der Wahlhandlung und Auszählung der Stimmen gibt Ratsvorsitzender Graffstedt das Wahlergebnis bekannt und stellt fest, dass Herr Herlitschke mit 34 Ja-Stimmen gewählt ist. Herr Herlitschke erklärt anschließend, dass er die Wahl annimmt.

Nach der Wahlhandlung stellt Ratsvorsitzender Graffstedt Satz 2 des Beschlussvor schlagens zur Abstimmung.

Beschluss:

Herr Holger Herlitschke wird für eine Amtszeit von acht Jahren als Stadtrat für das Umwelt-, Stadtgrün-, Sport- und Hochbaudezernat gewählt.

Herr Herlitschke erhält Dienstbezüge der Bes.-Gr. B 6 und eine Dienstaufwandsentschädigung in Höhe von derzeit 171,28 € monatlich.

Ergebnis:**Wahlergebnis:**

mit 34 Ja-Stimmen, 16 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen gewählt

Abstimmungsergebnis:

Satz 2: einstimmig beschlossen

7. Neuordnung der Dezernatsverteilung**19-12131**

Ratsvorsitzender Graffstedt stellt die Vorlage 19-12131 zur Abstimmung.

Beschluss:

Das Referat 0300 Rechtsreferat wird mit Dienstantritt des neuen Stadtrates für das Organisations-, Personal- und Ordnungsdezernat aus dem Fachbereich 01 Zentrale Steuerung herausgelöst und vom Dezernat I Dezernat des Oberbürgermeisters zum Dezernat II Organisations-, Personal- und Ordnungsdezernat verlagert.

Abstimmungsergebnis:

bei einer Enthaltung beschlossen

Stellvertretende Ratsvorsitzende Naber übernimmt die Sitzungsleitung.
Von 19:13 Uhr bis 19:40 Uhr findet die Einwohnerfragestunde statt.

8. Umbesetzung in Ausschüssen

19-12149

Stellvertretende Ratsvorsitzende Naber erklärt, dass getrennte Abstimmung über die Ziffern 1. und 3. und die Ziffer 2. beantragt wurde. Sie lässt daraufhin zunächst über Ziffern 1. und 3. und anschließend über Ziffer 2. des Beschlussvorschlages abstimmen.

Beschluss:

1. Planungs- und Umweltausschuss:

- Anstelle von Ratsfrau Beate Gries wird Ratsfrau Lisa-Marie Jalyschko (bisher Stellvertreterin) als Mitglied in den Planungs- und Umwaltausschuss entsandt.
- Ratsfrau Beate Gries (bisher Ausschussmitglied) wird als Stellvertreterin im Ausschuss benannt.

2. Ausschuss für Soziales und Gesundheit:

- Frau Elke Böttcher wird anstelle von Herrn Frido Gaus als Bürgermitglied in den Ausschuss für Soziales und Gesundheit entsandt.

3. Bauausschuss:

- Herr Michael Gröger wird als Bürgermitglied im Bauausschuss abberufen.

Abstimmungsergebnis:

getrennte Abstimmung:

Ziffer 1. und 3.: einstimmig beschlossen

Ziffer 2.: bei 3 Gegenstimmen und 4 Enthaltungen beschlossen

9. Wahl einer bzw. eines Wahlbevollmächtigten und einer Stellvertreterin bzw. eines Stellvertreters zur Vorbereitung der Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter am Verwaltungsgericht Braunschweig

19-12059

Beschluss:

1. Zum Wahlbevollmächtigten der Stadt Braunschweig wird Herr Stadtrat Ruppert gewählt.

2. Zu seinem Stellvertreter wird Herr Städt. Leitender Direktor Pust, Leiter des Rechtsreferats, gewählt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

10. Bestellung von städtischen Vertretern in Aufsichtsräten städtischer Beteiligungen

19-12145

Beschluss:

„1. Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH - Aufsichtsrat

Frau Bürgermeisterin Anke Kaphammel wird mit Ablauf des 31. Dezember 2019 aus dem Aufsichtsrat der Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH abberufen und

Herr Dr. Philipp Lehmann
(Vorschlagsrecht der CDU-Fraktion)

wird mit Wirkung vom 1. Januar 2020 in den Aufsichtsrat der Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH entsendet.

2. Nibelungen-Wohnbau-GmbH - Aufsichtsrat

Herr Ratsherr Peter Edelmann wird mit Ablauf des 31. Dezember 2019 aus dem Aufsichtsrat der Nibelungen-Wohnbau-GmbH abberufen und

Herr Ratsherr Thorsten Köster
(Vorschlagsrecht der CDU-Fraktion)

wird mit Wirkung vom 1. Januar 2020 in den Aufsichtsrat der Nibelungen-Wohnbau-GmbH entsendet.

3. Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH - Aufsichtsrat

Herr Ratsherr Thorsten Köster wird mit Ablauf des 31. Dezember 2019 aus dem Aufsichtsrat der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH abberufen und

Frau Bürgermeisterin Anke Kaphammel
(Vorschlagsrecht der CDU-Fraktion)

wird mit Wirkung vom 1. Januar 2020 in den Aufsichtsrat der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH entsendet."

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

- | | |
|---|-----------------|
| 11. Übernahme einer Ausfallbürgschaft für eine Kreditaufnahme
bzw. Übernahme von Ausfallbürgschaften für Kreditaufnahmen
der Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH | 19-11829 |
|---|-----------------|

Beschluss:

1. Die von der Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH beantragte Übernahme einer Ausfallbürgschaft für eine Kreditaufnahme in Höhe von bis zu 33.900.000 EUR zuzüglich Zinsen und etwaigen Kosten wird beschlossen.
2. Sofern die Zinsbindung nicht für die komplette Laufzeit des Darlehens vereinbart wird, wird die Verwaltung ermächtigt, die nach deren Ablauf erforderliche Prolongation oder Umschuldung durch eine Bürgschaftserklärung zu sichern.
3. Sofern im Zusammenhang mit der unter Ziffer 1 dargestellten Darlehensaufnahme ein Zinssicherungsgeschäft vereinbart wird, wird die Verwaltung ermächtigt, dies ggf. durch eine Bürgschaftserklärung zu sichern.
4. Für den Fall, dass zur Aufnahme des in Ziffer 1 genannten Betrags mehr als ein Kredit erforderlich ist, gelten für diese Darlehensaufnahmen die Ziffern 1 bis 3 entsprechend.

Abstimmungsergebnis:

bei 5 Enthaltungen beschlossen

12. Haushaltsvollzug 2019	19-11844
hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§117 und 119 Abs. 5 NKomVG	
12.1. Haushaltsvollzug 2019	19-11844-01
hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§117 und 119 Abs. 5 NKomVG	
12.2. Haushaltsvollzug 2019	19-11844-02
hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§117 und 119 Abs. 5 NKomVG	

Stellvertretende Ratsvorsitzende Naber weist darauf hin, dass zu der Vorlage 19-11844 die Ergänzungen 19-11844-01 und 19-11844-02 vorliegen und stellt anschließend die Vorlagen gemeinsam zur Abstimmung.

Beschluss:

„Den in den **Vorlagen 19-11844, 19-11844-01 und 19-11844-02** aufgeführten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NKomVG wird unter Inanspruchnahme der aufgezeigten Deckungsmittel zugestimmt.“

Abstimmungsergebnis:

bei 1 Enthaltung beschlossen

13. Annahme oder Vermittlung von Zuwendungen über 2.000 €	19-11904
--	-----------------

Beschluss:

„Der Annahme bzw. Vermittlung der in den Anlagen aufgeführten Zuwendungen wird zugestimmt.“

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

14. Fünfte Satzung zur Änderung der Satzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Braunschweig (Abfallentsorgungssatzung)	19-11776
---	-----------------

Beschluss:

„Die als Anlage 1 beigefügte Fünfte Satzung zur Änderung der Satzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Braunschweig (Abfallentsorgungssatzung) wird beschlossen.“

Abstimmungsergebnis:

bei 1 Enthaltung beschlossen

15. Vierzehnte Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Abfallentsorgungsgebühren in der Stadt Braunschweig (Abfallentsorgungsgebührensatzung)	19-11791
---	-----------------

Nach Aussprache lässt stellvertretende Ratsvorsitzende Naber über die Vorlage 19-11791 abstimmen.

Beschluss:

„Die als Anlage 2 beigefügte Vierzehnte Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Abfallentsorgungsgebühren in der Stadt Braunschweig (Abfallentsorgungsgebührensatzung) wird beschlossen.“

Abstimmungsergebnis:

bei 2 Gegenstimmen und 5 Enthaltungen beschlossen

- 16. Vierzehnte Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren in der Stadt Braunschweig Straßenreinigungsgebührensatzung)** 19-11794

Beschluss:

„Die als Anlage 2 beigefügte Vierzehnte Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren in der Stadt Braunschweig (Straßenreinigungsgebührensatzung) wird beschlossen.“

Abstimmungsergebnis:

bei 1 Gegenstimme und 5 Enthaltungen beschlossen

- 17. Neunzehnte Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren und Kostenerstattungen für die Abwasserbeseitigung in der Stadt Braunschweig (Abgabensatzung für die Abwasserbeseitigung)** 19-11803

Beschluss:

„Die als Anlage 2 beigefügte Neunzehnte Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren und Kostenerstattungen für die Abwasserbeseitigung in der Stadt Braunschweig (Abgabensatzung für die Abwasserbeseitigung) wird beschlossen.“

Abstimmungsergebnis:

bei 3 Gegenstimmen und 4 Enthaltungen beschlossen

- 18. Gewährung von dynamisierten Zuschüssen für Übungsleiterentschädigungen - 1. Halbjahr 2019** 19-11649

Stellvertretende Ratsvorsitzende Naber weist darauf hin, dass die Ratsmitglieder, die Vorsitzende eines in der Anlage zur Vorlage genannten Vereines sind, einem Mitwirkungsverbot unterliegen und nicht an der Beratung und Beschlussfassung mitwirken dürfen. Sie stellt fest, dass die befangenen Ratsmitglieder in Bezug auf den Verein, dessen Vorsitz sie innehaben, nicht an der Abstimmung teilnehmen und lässt anschließend über die Vorlage 19-11649 abstimmen.

Beschluss:

„1. Die Verteilung der städtischen Übungsleiterentschädigungen im Jahr 2019 erfolgt abweichend von Ziffer 3.62 der Sportförderlinien der Stadt Braunschweig durch die Verwaltung.

2. Abweichend von Ziffer 3.62 der Sportförderlinien der Stadt Braunschweig werden im Jahr 2019 auch Trainer/innen, die über eine gültige DOSB-Lizenz verfügen, nebenamtlich tätig sind und für diese Tätigkeit von ihrem Verein eine Vergütung erhalten, bei der Verteilung der städtischen Übungsleiterentschädigungen berücksichtigt.

3. Die in der Anlage unter den laufenden Ziffern 1 - 88 genannten Zuwendungen mit einer Gesamtsumme in Höhe von bis zu 79.709,04 € werden gewährt.“

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

- 19. 8. Änderung der Regelung über die Erhebung von Entgelten für Leistungen des Rettungsdienstes der Stadt Braunschweig (Rettungsdienstarifordnung)** 19-11946

Beschluss:

1. Dem Abschluss der als Anlage 1 beigefügten Vereinbarung über die Erhebung von Entgelten für Leistungen des Rettungsdienstes wird zugestimmt.
 2. Die als Anlage 2 beigefügte 8. Änderung der Regelung über die Erhebung von Entgelten für Leistungen des Rettungsdienstes der Stadt Braunschweig (Rettungsdiensttarifordnung) wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

- 20. Berufung der Vertreterinnen bzw. Vertreter der Gruppe der Schülerinnen und Schüler in den Schulausschuss** 19-11752

Beschluss:

Auf Vorschlag des Stadtschülerrates wird Frau Anna-Lena Werner als Mitglied für die Gruppe der Schülerinnen und Schüler der berufsbildenden Schulen in den Schulausschuss berufen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

- ## **21. Wechsel der Trägerschaft des Kinder- und Jugendzentrums Kreuzstraße**

Beschluss:

Beschluss: Dem Wechsel der Trägerschaft des Kinder- und Jugendzentrums Kreuzstraße vom Verein „Jugendzentrum der Evangelisch-methodistischen Kirche e. V.“ zur Bethanien Diakonissen-Stiftung zum 1. Januar 2020 wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

22. Richtlinien zur Förderung der Kinder- und Jugendarbeit freier Träger in Braunschweig
Teil 2 19-11281

Beschluss:

„Teil 2 der Richtlinien (Zuschüsse für Aktivitäten, Funktionsgegenstände und Investitionsmaßnahmen an die Träger der freien Jugendhilfe im Bereich der Jugendförderung) wird gemäß der Anlage 2 geändert.“

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

23. Satzung über die vorübergehende Unterbringung Wohnungsloser und Geflüchteter in den Unterkünften der Stadt Braunschweig (Unterbringungssatzung) 19-11712

23.1. Satzung über die vorübergehende Unterbringung Wohnungsloser und Geflüchteter in den Unterkünften der Stadt Braunschweig (Unterbringungssatzung) 19-11712-01

Zu der Vorlage liegt die Ergänzung 19-11712-01 vor. Stadträtin Dr. Arbogast informiert unter Bezugnahme auf das Beteiligungsverfahren zur Neufassung der Satzung ergänzend über eine weitere Stellungnahme. Anschließend findet Aussprache statt. Stellvertretender Ratsvorsitzender Edelmann übernimmt die Sitzungsleitung. Nach der Aussprache stellt er die Vorlage in der Fassung der Ergänzung 19-11712-01 zur Abstimmung.

Beschluss Vorlage 19-11712-01:

Die als Anlage 1 beigelegte Satzung über die vorübergehende Unterbringung Wohnungslosen

ser und Geflüchteter in den Unterkünften der Stadt Braunschweig (Unterbringungssatzung) wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

bei 8 Gegenstimmen und 6 Enthaltungen beschlossen

- 26. Begründung einer Satzung über eine besonderes Vorkaufsrecht für Grundstücke - Volkmarode-Nordost** 19-11385

Beschluss:

„Für das in der Anlage bezeichnete Stadtgebiet wird eine Satzung über ein besonderes Vorkaufsrecht für Grundstücke gemäß § 25 Baugesetzbuch (BauGB) beschlossen.“

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

- 27. Neuaufstellung Flächennutzungsplan 2030** 19-11797

Beschluss:

„Der Rat der Stadt Braunschweig beschließt gemäß § 2 Abs. 1 BauGB die Neuaufstellung des Flächennutzungsplans für das gesamte Stadtgebiet.“

Abstimmungsergebnis:

bei 1 Enthaltung beschlossen

- 28. 135. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Braunschweig "Franz-Rosenbruch-Weg", Stadtgebiet zwischen der Bundesallee, Stauffenbergstraße und dem Franz-Rosenbruch-Weg** 19-11750

Nach Aussprache lässt stellvertretender Ratsvorsitzender Edelmann über die Vorlage 19-11750 abstimmen.

Beschluss:

- „1. Die während der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 (2) BauGB sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 (2) BauGB eingegangenen Stellungnahmen sind entsprechend den Vorschlägen der Verwaltung gemäß den Anlagen Nr. 3 und Nr. 4 zu behandeln.
- 2. Für das oben bezeichnete Stadtgebiet wird die 135. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Braunschweig mit der dazugehörigen Begründung mit Umweltbericht in der anliegenden Fassung beschlossen.“

Abstimmungsergebnis:

bei 3 Gegenstimmen beschlossen

- 29. Vorhabenbezogener Bebauungsplan mit örtlicher Bauvorschrift "Franz-Rosenbruch-Weg", OE 39
Stadtgebiet zwischen Bundesallee, Stauffenbergstraße und dem Franz-Rosenbruch-Weg (Geltungsbereich A)
Stadtgebiet südwestlich Peterskamp, Ecke Hondelager Weg (Geltungsbereich B)
Behandlung der Stellungnahmen, Satzungsbeschluss** 19-11742

Ergebnis:

Die Vorlage 19-11742 wird bis zur nächsten Ratssitzung am 17.12.2019 zurückgestellt.

- 30. Anträge - Fortsetzung (weitere Anträge i.S.v. § 14 Ziff. 9 Ge-schäftsordnung)**
- 30.1. Unbefristete Anstellung von Erzieherinnen und Erziehern sowie Sozialassistentinnen und Sozialassistenten Antrag der Fraktion Die Linke.** 19-11516
- 30.1.1. Unbefristete Anstellung von Erzieherinnen und Erziehern sowie Sozialassistentinnen und Sozialassistenten Stellungnahme der Verwaltung** 19-11516-01

Ratsfrau Ohnesorge bringt den Antrag 19-11516 ein, begründet diesen und erklärt, dass der letzte Satz des Beschlussvorschlages gestrichen wird. Nach Aussprache lässt stellvertretender Ratsvorsitzender Edelmann über den geänderten Antrag abstimmen.

Beschluss (geändert):

Um den Personalbedarf in den Kindertagesstätten zu decken, werden befristete Arbeitsverträge zukünftig die Ausnahme und nicht wie aktuell die Regel. Die Vertretung - zum Beispiel bei Elternzeit - wird statt durch temporär angestellte Vertretungskräfte durch unbefristet eingestellte Springerkräfte organisiert.

Abstimmungsergebnis:

bei 7 Fürstimmen und 7 Enthaltungen abgelehnt

Ergebnis:

Die Stellungnahme 19-11516-01 wird zur Kenntnis genommen.

- 30.2. Stärkung der Braunschweiger Kulturszene durch In-Pflichtnahme des Landes Antrag der Fraktion Die Linke.** 19-12069

Ratsfrau Ohnesorge bringt den Antrag 19-12069 ein und begründet diesen. Nach der Aussprache lässt stellvertretender Ratsvorsitzender Edelmann über den Antrag abstimmen.

Beschluss:

Das Staatstheater besitzt als kulturelle Einrichtung in Braunschweig einen hohen Rang und wird sehr geschätzt. Laut Mitteilung der Verwaltung in 2016 (16-01778) ist das Theater durch den Artikel 56 der Niedersächsischen Verfassung als Kultureinrichtung geschützt. „Dies bedeutet, dass das Theater in seinem bisherigen Umfang eine Bestandsgarantie von Verfassungsrang genießt [...] die bestehende 1/3 Beteiligung der Stadt Braunschweig an der Finanzierung [ist damit] jedoch nicht absolut festgelegt.“ und „Änderung der Finanzierungs-gestaltung in Form einer Neufassung des Staatstheatervertrage sind daher möglich und bedürfen ausschließlich der politischen Willensbildung und Beschlussfassung beim Land Niedersachsen und der Stadt Braunschweig.“ heißt es in der Mitteilung.

Die Braunschweiger sind stolz auf das Theater und dieses wirkt auch deutlich ins Umland. Das Land Niedersachsen kommt aber seiner Verpflichtung, eine solche kulturelle Institution auch entsprechend zu fördern, nicht nach. Während das Staatstheater in Hannover ganz, und das in Oldenburg zu ¾ vom Land gefördert wird, muss die Stadt Braunschweig 1/3 der Kosten stemmen, immerhin ca. 11 Mio jährlich bei einem Kulturetat von rund 12 Mio. Bei einer Gleichstellung mit Oldenburg wären 3,5 Mio € mehr für die übrige Kulturszene in Braunschweig vorhanden.

Angesichts dieser seit Jahrzehnten bestehenden unhaltbaren Situation fordert der Rat der Stadt die Verwaltung auf:

1. Zeitnah erneut mit dem Land Verhandlungen aufzunehmen, um eine bessere Finanzie-rung durch das Land zu erreichen.
2. Im Falle eines Scheiterns der Gespräche den seit 1956 bestehenden Vertrag mit dem Land bestehenden Vertrag fristgerecht zum 31.12.2019 zu kündigen zwecks Neuverhand-lung des Vertrages mit dem Ziel einer Gleichstellung zumindest mit Oldenburg.

3. Frei werdende Mittel verbleiben im Kulturetat und werden nicht zur Haushaltskonsolidierung verwendet.

Abstimmungsergebnis:

bei 6 Fürstimmen abgelehnt

30.3. Dringlichkeitsantrag: Anweisungsbeschluss - Kündigung Mietvertrag Volkswagenhalle 19-12222
Dringlichkeitsantrag der BIBS-Fraktion

30.3.1.Dringlichkeitsantrag: Anweisungsbeschluss - Kündigung Mietvertrag Volkswagenhalle 19-12222-01
Stellungnahme der Verwaltung

Stellvertretender Ratsvorsitzender Edelmann weist auf die Stellungnahme 19-12222-01 hin. Der Dringlichkeitsantrag 19-12222 wird von Ratsherrn Rosenbaum eingebracht und begründet. Ratsherr Sommerfeld gibt während der Aussprache eine persönliche Erklärung ab. Am Ende der Aussprache beantragt Ratsherr Wirtz Übergang zur Tagesordnung. Stellvertretender Ratsvorsitzender Edelmann lässt über den Antrag abstimmen und stellt fest, dass dieser bei fünf Fürstimmen abgelehnt wird. Anschließend lässt er über den Antrag 19-12222 abstimmen.

Beschluss:

Der Rat zieht die Angelegenheit an sich und weist die Gesellschafter*innen der Stadthallen-Betriebsgesellschaft mbH an, für die Kündigung des Mietvertrages über die Volkswagenhalle am 30.11./01.12.2019 zu sorgen und die Geschäftsführung der Stadthallen-Betriebsgesellschaft mbH so zeitnah damit zu beauftragen, dass der Mietvertrag noch rechtzeitig vor Monatsende gestoppt werden kann.

Abstimmungsergebnis:

bei 6 Fürstimmen abgelehnt

Ergebnis:

Die Stellungnahme 19-12222-01 wird zur Kenntnis genommen.

31. Anfragen

31.1. Anmeldungen für Betreuungsplätze elternfreundlicher gestalten 19-12148
Anfrage der CDU-Fraktion

31.1.1.Anmeldungen für Betreuungsplätze elternfreundlicher gestalten 19-12148-01

Ergebnis:

Die Beantwortung der Anfrage 19-12148 erfolgt schriftlich (Stellungnahme 19-12148-01). Die Stellungnahme 19-12148-01 wird schriftlich zur Kenntnis gegeben.

Ratsvorsitzender Graffstedt übernimmt die Sitzungsleitung.

31.2. Jahrelanger Leerstand des ehemaligen Kreiswehrersatzamtes 19-12152
trotz Mangel an bezahlbarem Wohnraum
Anfrage der AfD-Fraktion

31.2.1.Jahrelanger Leerstand des ehemaligen Kreiswehrersatzamtes 19-12152-01
trotz Mangel an bezahlbarem Wohnraum

Ergebnis:

Die Beantwortung der Anfrage 19-12152 erfolgt durch Ersten Stadtrat Geiger (Stellungnahme 19-12152-01).

Die Stellungnahme 19-12152-01 wird zur Kenntnis genommen.

31.3. Überwachung der Geschäftsführung der Braunschweiger Versorgungs-AG durch den Aufsichtsrat derselben 19-12150
Anfrage der BIBS-Fraktion

31.3.1. Überwachung der Geschäftsführung der Braunschweiger Versorgungs-AG durch den Aufsichtsrat derselben 19-12150-01

Ergebnis:

Die Beantwortung der Anfrage 19-12150 erfolgt schriftlich (19-12150-01).
Die Stellungnahme 19-12150-01 wird schriftlich zur Kenntnis gegeben.

31.4. Schutz vor Rechtsextremen? 19-12151
Anfrage der Gruppe Die Fraktion P²

31.4.1. Schutz vor Rechtsextremen? 19-12151-01

Ergebnis:

Die Beantwortung der Anfrage 19-12151 erfolgt durch Stadtrat Ruppert (Stellungnahme 19-12151-01).
Die Stellungnahme 19-12151-01 wird zur Kenntnis genommen.

Ratsvorsitzender Graffstedt stellt fest, dass der Rat alle Punkte des öffentlichen Teils der Sitzung behandelt hat und der nichtöffentliche Teil entfällt, da keine nichtöffentlichen Mitteilungen und Beschlusspunkte vorliegen. Er schließt die Sitzung um 22:30 Uhr.

gez.

Markurth
Oberbürgermeister

gez.

Graffstedt
Ratsvorsitzender

gez.

Geppert
Protokollführerin